

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

6 (6.2.1947)

BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 6

Mannheim, 6. Februar 1947

Preis 10 Pfg.

Köln - München - Moskau

Der Vorstand der SPD hatte in seiner bekannten Kölner Resolution vom 25. 9. 1946 den Triumph der Reaktion im westlichen Deutschland festgestellt. Dies war das unausgesprochene Eingeständnis der Folge einer verfehlten Schumacher-Politik der Spaltung und Schwächung der Arbeiterschaft. In der Resolution wird davon gesprochen, daß die SPD ihre politische Mitarbeit von verbindlichen Zusagen hinsichtlich der Sozialisierung, der Versorgung von Sozialrentnern, Flüchtlingen und dergleichen abhängig mache. Zusicherungen von wem? Etwa von den Kräften des deutschen Kapitalismus, die nach der gleichen Erklärung als die Schuldigen in den neuen Organen der Wirtschaft und Verwaltung sitzen? Schumacher und sein Anhang zogen nicht die richtigen Schlußfolgerungen aus ihrer an sich richtigen Erkenntnis. Diese hätte lauten müssen: „Schluß mit der Politik der Spaltung und des Antikommunismus, engste Zusammenarbeit mit den Kommunisten.“ Statt dessen wurde weiter polemisiert, statt dessen reiste man nach London.

Die London-Reise Schumachers

Die Wiederaufnahme internationaler Verbindungen der deutschen Arbeiterparteien ist an sich begrüßenswert. Aber brachte diese mit so viel Aufwand herausgestellte und gepriesene Reise dem deutschen Volke irgendeinen Gewinn, als den man dieses Unternehmen so gerne hinzustellen beliebte? Etwa die Vermeidung der Hungerkatastrophe in der englischen Zone? Oder Brechung der Vorherrschaft der Reaktion.

Koalition CDU - SPD

Inzwischen standen die Wahlen in Hessen vor der Tür. Dr. Schumacher hielt seine Wahlrede in Frankfurt. Es klingt unwahrscheinlich, wenn man sich die Worte in Erinnerung ruft, mit denen er seine heutigen Koalitionspartner in Bayern und Hessen charakterisierte. Er sagte: „Die CDU ist die Partei derjenigen, die alles haben und nichts hergeben wollen. In die CDU sind Hunderttausende aus der Reaktion zugeströmt usw.“ Die CDU, die Partei der kapitalistischen Profitinteressen, der Unterschluß der Reaktion. Fürwahr, ein würdiger Koalitionspartner. Was nutzt es, wenn man in der gleichen Rede feststellt, daß man für die Bodenreform sei, während man es ablehnt, mit den Kommunisten eben zur Durchsetzung dieser politisch und wirtschaftlich gleichermaßen bedeutsamen Reform ein enges Kampfbündnis einzugehen, ja statt dessen sich den Feinden der Bodenreform, der Partei der Großgrundbesitzer in die Arme wirft?

SPD übernimmt Wirtschaftsamt

Der Kampf um die Positionen der SPD in den Regierungen hat inzwischen zu dem gesteckten Ziel geführt. Die Wirtschaftsministerien der US- und der englischen Zone befinden sich alle in sozialdemokratischer Hand. So mußte mit deren Hilfe der bisherige Leiter des Zweizonenwirtschaftsamtes Dr. Müller gehen und an seine Stelle konnte Dr. Agartz, der Wirtschaftspolitiker der Sozialdemokratie, treten.

Dieser letzte Schritt konnte nicht getan werden, wenn dieses Zweizonenwirtschaftsamt noch immer der in Köln gefundenen Beurteilung entsprach. Die Gelegenheit zur Kursänderung ergab sich in München. Dort hatten die bayerischen Genossen der SPD gegen die Koalition mit der CSU rebelliert. Auf der am 11. Januar einberufenen Reichskonferenz mußte Dr. Schumacher die hochgehenden Wogen glätten. Das Ergebnis, die Münchener Resolution sagte u. a.:

„Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu ihrer Kölner Erklärung vom 26. September 1946, die eindeutig die letzten Möglichkeiten positiver sozialdemokratischer Politik umreißt. Der Sozialismus ist die große Aufgabe, die heute schon aktuell ist und von deren Verwirklichung die Zukunft der arbeitenden Massen abhängt.“ Und weiter: „Der Vorstand und der

Parteiausschuß der SPD stellen fest, daß das Inkrafttreten des amerikanisch-britischen Zweizonen-Abkommens einen wesentlichen Fortschritt im Sinne der Überwindung der durch die Zonengrenzen bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands darstellt.“

Von Köln nach München

Offensichtlicheren Widerspruch kann man sich schlechterdings nicht vorstellen. Neben dem grundsätzlichen Festhalten an der Kölner Entschließung steht die Fabel vom wesentlichen Fortschritt. Neben der Berufung auf den Umstand, daß die alten Kräfte die Machtpositionen beherrschen, steht die Phrase vom unmittelbar bevorstehenden Sozialismus. Nun, die schaffenden Männer und Frauen spüren diesen Fortschritt täglich am eigenen Leibe. Nicht Besserung, sondern Angleichung an das Elendsniveau der englischen Zone ist bis jetzt die praktische Folge bei immer größer werdender Gefahr der Zerreißung Deutschlands.

„Entflechtung“ der Konzerne

Doch nicht nur die Schumacher sprechen von Sozialisierung. Die bürgerliche Presse ist voller Meldungen über die „Sozialisierung“ der Stahlindustrie, Entflechtung der Konzerne zur Vorbereitung der Verstaatlichung (die fälschlich als Sozialisierung bezeichnet wird). Und wen hat die englische Militärregierung durch die North German Iron and Steel Control

Um ihr strategisches Ziel zu erreichen, suchen die reaktionären Kräfte die Nazis in den Verwaltungen zu halten, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in der Wirtschaft zu beschränken, sich in den staatlichen Wirtschaftsorganen alle wichtigen Positionen zu sichern und die großen fortschrittlichen Maßnahmen der Bodenreform und der Uebereignung der Betriebe der Kriegsverbrecher an das Volk teilweise rückgängig zu machen (bezw. zu verhindern, D. Red.).

Ulbricht in der Einheit.

(Norddeutsche Eisen- und Stahl-Kontrolle) mit der Konzernentflechtung beauftragt? Den ehemaligen Nazi-Wehrwirtschaftsführer Pg. Dinkelbach, ein Monopolkapitalist und Reaktionär reinsten Wassers. Wer die von ihm eingesetzten Treuhänder sind, braucht hier nicht erwähnt zu werden. Dinkelbach bürgt für Qualität.

Schon wieder: „Der Sozialismus marschiert“?

Sagte Dr. Schumacher nicht in Frankfurt: „Hätte man“ nach 1918 die Sozialisierung der Schwerindustrie durchgeführt...“ Ja, Genosse Schumacher, hätte man. Aber darum muß man kämpfen. Mit Plakaten „Der Sozialismus marschiert“ war es damals ebensowenig getan, wie heute mit der Proklamation, daß der Sozialismus vor der Tür stehe. Jetzt bereitet „man“ die Sozialisierung vor. Sowohl im Zweizonenrat des Dr. Agartz, wie in den Industrieklubs von Düsseldorf und Essen. Darf es noch Illusionen geben, was dabei herauskommt, wenn nicht die wirklich demokratischen Kräfte, nämlich die Arbeiterklasse die Enteignung der Monopolherren vornehmen und die Betriebe in die Hände wirklich demokratischer Selbstverwaltungsorgane überführen?

Wem ist Wirtschaftsminister Veit verantwortlich?

Die Frage ist bei uns in Württemberg-Baden durchaus am Platze, wie ein Blick in das Heft Nr. 1 der Südwestdeutschen Union (Halbmonatsblatt der CDU) beweist. Dort heißt es zur Regierungsbildung hinsichtlich der Besetzung des Arbeitsministeriums durch die KPD und des Wirtschaftsministeriums durch die SPD: „Es muß gewisse Bedenken erwecken, daß sich der gesamte Bereich des Wirtschafts- und Soziallebens in sozialistischen Händen befindet.“ Dabei erscheint es zunächst erstaunlich, daß in

den folgenden Zeilen Wirtschaftsminister Veit als der kommende Mann in der Reichspolitik angepriesen wird. Erfährt man aber, daß Herr Minister Veit der Auffassung ist, für seine Tätigkeit im Zweizonen-Wirtschaftsamt dem Parlament von Württemberg-Nordboden nicht verantwortlich zu sein, dann begreift man die wohlwollende Beurteilung von Seiten der CDU.

England schafft „Tatsachen“

Wie aber, wenn der Sozialismus die unmittelbare Tagesaufgabe wäre, konnte die SPD zulassen, daß der Paragraph 41 der hessischen Verfassung auf die Verstaatlichung der chemischen Industrie verzichtete? Es erscheint angesichts des Interesses gewisser amerikanischer Kreise an der deutschen Chemie-Industrie zweifelhaft, daß sich die SPD dabei von rein deutschen Gesichtspunkten leiten ließ. Doch wie dem auch sei, die Eile und der Eifer, den die Akteure des Sozialisierungszaubers in der englischen Zone an den Tag legen, lassen Zusammenhänge ahnen, die von der Reise Dr. Schumachers über die Münchener Kursänderung bis zur Friedenskonferenz von Moskau reichen. England will Tatsachen schaffen. Der große Hintergrund ist der Kampf um die Herauslösung der englischen und der unter englischer Herrschaft befindlichen deutschen Industrie aus den internationalen Konzernverflechtungen, die der Labour-Regierung die Schlinge am Halse enger und enger ziehen. Der englische Kapitalismus sucht eine Festigung seiner Position auf dem Kontinent.

Britische Sozialisierungspläne und USA-Industrielle

Die Braunschweiger Zeitung vom 7. 1. 1947 schreibt: „Es wird angenommen, daß die britische Regierung in irgend einer Form von einer Veränderung ihrer Pläne für die Sozialisierung der großen Industrie in der britischen Zone Mitteilung machen wird“, schreibt heute der diplomatische Korrespondent der Times, nachdem kurz zuvor der amerikanische Industrieverband beim US-Außenministerium gegen die Sozialisierungspläne in der britischen Zone protestiert hatte. Gleichzeitig erklärte General Clay auf einer Pressekonferenz in Berlin, die amerikanische Militärregierung setze sich für eine starke Beteiligung ausländischen Kapitals an der deutschen Wirtschaft ein, allerdings nur im Rahmen einer sorgfältigen Kontrolle.

Deutschlands Ausverkauf und die Arbeiterklasse

Soll die deutsche Arbeiterklasse als politisch fortschrittlichste und wirtschaftlich stärkste Kraft tatenlos zusehen, wie Deutschlands Ausverkauf, seine Unterwerfung unter die Oberhoheit ausländischer Monopolisten sich vollzieht? Soll sie warten, bis „man“ ihr dies und jenes zusichert? Und soll sie, wenn „man“ etwa nicht geneigt sein sollte, das zu tun, sich beleidigt in den Schmollwinkel zurückziehen und darauf verweisen, was die alten kapitalistischen Kräfte nicht richtig machen?

Die Arbeiterklasse: Deutschlands entscheidende demokratische Kraft!

Das wäre der Weg der Illusion und der Schwäche. Deutschlands entscheidende demokratische Kraft, die Arbeiterklasse, muß das Bild des kommenden Deutschlands, wie es sich auf der Moskauer Konferenz darstellt, bestimmen. Für Deutschlands Rettung und Wiederaufstieg aber gib es nur einen Weg:

Einigkeit aller Schaffenden, Arbeiter und Bauern, Handwerker und Intellektuellen. Gemeinsames politisches Handeln, um Schritt für Schritt in der steten Erweiterung und Verbesserung der Rechte des ganzen Volkes eine sich mehr und mehr vertiefende Demokratisierung von Staat und Wirtschaft zu erkämpfen. Der Sozialismus wird dann am Ende dieses zähen und erbitterten Ringens stehen.

Willi Boepple, M.d.L.

Wann kommt das Betriebsrätegesetz?

Der Landtag befaßte sich in seiner Sitzung vom 29. 1. 47 auch mit dem schon längst fälligen Betriebsrätegesetz. Dasselbe wurde vom Kontrollrat erlassen, ohne daß der Landtag hierüber befragt wurde, noch kann er Abänderungen treffen oder hat darüber Beschlußrecht. Der Landtag sollte es lediglich zur Kenntnis nehmen. Auf Vorschlag des Landtagspräsidenten wurde es an den Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Warum ist eigentlich unverständlich, denn es kann weder ein Ausschuß noch der Landtag etwas daran ändern.

Es ist deshalb wohl erlaubt, in aller Öffentlichkeit die Frage zu stellen, für was der Landtag da ist und welche Befugnisse er eigentlich hat. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Denn das nordbadisch-nordwürttembergische Volk hat die Abgeordneten zu diesem Landtag wohl deshalb gewählt, damit sie dort selbständig durch Gesetze die Grundlage für geordnete und bessere Verhältnisse schaffen und nicht deshalb, damit sie ein Schattendasein führen. Ein solches Schattendasein aber hat dieser Landtag, wenn er zu den dort vorgelegten Gesetzen nur noch Ja und Amen sagen darf. Wenn die vom Volke angenommene Verfassung, wenn der vom Volke gewählte Landtag einen Sinn und Zweck haben soll, dann nur den, daß er unabhängig und frei nur nach dem Willen des Volkes die entsprechende Gesetzgebung beraten und beschließen kann.

Wir Kommunisten haben gegen das vom Kontrollrat erlassene Betriebsrätegesetz die stärksten Bedenken. Während man durch Presse, Rundfunk und Reden der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht im Betrieb und Wirtschaft zusicherte und dies im Artikel 22 der

Verfassung niedergelegt ist, ist davon in diesem Gesetz nichts zu verspüren. Im Artikel 5 dieses Gesetzes, wo über die Aufgaben der Betriebsräte gesprochen wird, heißt es in den Abschnitten a), b), c), d), e) immer nur: Der Betriebsrat kann beraten, er kann dem Arbeitgeber das oder jenes unterbreiten, oder er soll dem Arbeitgeber behilflich in der Durchführung der Betriebsaufgaben sein usw. Daher muß das Mitbestimmungsrecht, wie es Artikel 22 der Verfassung garantiert, im Betrieb erkämpft werden. Der Schutz für die Betriebsräte ist dazu unerlässlich.

Dieses Gesetz dürfte von den Unternehmern nicht beanstandet werden, während es für die Arbeiterschaft eine bittere Enttäuschung sein wird. Die kommunistische Landtagsfraktion wird demnächst dem Landrat einen eigenen Entwurf eines Betriebsrätegesetzes zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Sie wird dabei bedacht sein und Bezug nehmen auf die in der Verfassung festgelegten Rechte des Artikels 22. Wenn die Verfassung nicht nur einen formalen Charakter haben soll — ähnlich so wie die Weimarer Verfassung —, sondern in der Tat einen tiefen, rechtlichen Sinn und Anspruch, dann muß dies in der Gesetzgebung seinen Niederschlag finden.

Wenn die Parteien, die die Verfassung gemacht haben, nicht in den Verdacht kommen wollen, das alte Spiel der Weimarer Republik von neuem zu beginnen, dann müssen sie Farbe bekennen und mitwirken an einer fortschrittlichen Gesetzgebung. Die Arbeiterschaft mit ihren Gewerkschaften und Arbeiterparteien hat Mittel und Wege, sich ihr Recht in der Demokratie und Wirtschaft zu erkämpfen.



Aut. Hans Roden

Der „Rote Stadtarzt“

Zum Tode Dr. med. Max Hodanns

Aus Schweden kommt die Nachricht, daß der international bekannte deutsche Sexualforscher Dr. med. Max Hodann in der Emigration in Stockholm kürzlich verstarb. Nachstehende Aufzeichnungen aus dem Leben des Verstorbenen wurden uns von einem seiner besten Freunde zur Verfügung gestellt:

Berlin 1933. Nacht vom 27. zum 28. Februar. Der Plenarsitzungssaal des Reichstagsgebäudes geht in Flammen auf. Auf Anordnung der Hitler-Regierung werden in Berlin 130, im ganzen Reich über 2000 führende Kommunisten als „Gegenmaßnahme“ verhaftet. Unter ihnen Dr. med. Max Hodann — der „Rote Stadtarzt“.

In den Arbeitervierteln der Millionenstadt kannte man ihn unter diesem ehrenden Beinamen genau. Im Beusselkitz, am Bülowplatz, in der „Münze“, am Schliesischen Bahnhof, wie am Friedrichshain wußte man seinen Namen, nicht nur als Arzt, sondern als Menschenfreund und Wohltäter. Seine Betreuung galt den Stadtvierteln, die andere als zu schwierig und hoffnungslos abgelehnt hatten. — In fachwissenschaftlichen Kreisen durch seine gemeinsame Arbeiten mit Prof. Magnus Hirschfeld bekannt, mit dem zusammen er das „Institut für Sexualwissenschaft“ gründete und leitete, fanden seine volkstümlich gehaltenen Publikationen, in denen er Ideen einer fortschrittlichen Sexualerziehung vertrat, eine begeisterte Anhängerschaft. Hierbei fehlte es, besonders bei der Streitfrage um den von ihm unter gewissen Voraussetzungen abgelehnten § 218, an einer kampfbereiten Gegnerschaft nicht. Seine für die Jugend geschriebenen pädagogisch hervorragenden Bücher „Woher die Kinder kommen“ und „Bub- und Mädch“-Gespräche über die Geschlechterfrage — von denen das erste in einer Millionen-Auflage an Schweizer Schulen als Unterrichtsbuch verwendet wurde — sein für Erwachsene bestimmtes Werk „Geschlecht und Liebe“ und viele andere, erschienen in allen Kultursprachen.

Mehrere Reisen nach Sowjetrußland, deren Eindrücke in dem Buch „Sowjetrußland — gestern, heute und morgen“ gesammelt erschienen, die Berufung seiner Frau Traute Hodann als Abgeordnete der Kommunistischen Partei in den Reichstag, waren mit die Veranlassung, ihn auf die Liste der gefährlichen Gegner des Dritten Reiches zu setzen, zumal seine Frau, zusammen mit Prof. Käthe Kollwitz, Thomas und Heinrich Mann, für die Präsidentschaft Thälmanns bei der Reichspräsidentenwahl den Aufruf der KPD unterzeichnet hatte.

Nach seiner Verhaftung in das Zellengefängnis Moabit übergeführt, wurde er noch einmal ausländischen Journalisten vorgeführt, um sein „Nachvorhandensein“ zu beweisen. Dann blieb jede weitere Nachricht aus. Ihm aber gelang die Flucht. Zunächst über die Schweizer Grenze, wo er bei Freunden Aufnahme fand. Von dort trat er eine Vortragsreise nach Palästina an, kehrte nach Paris zurück, wo er am Grabe seines nach Frankreich emigrierten Freundes Prof. Magnus Hirschfeld sprach und wandte sich dann nach Spanien, um sich als Hospizarzt in den Reihen der „Internationalen Roten Brigade“ am Freiheitskampf zu beteiligen.

Quer durch Europa, von Spanien über Norwegen nach Schweden führte dann Hodann der Weg, mit dem Endziel Stockholm, wo er sich als Journalist niederließ und seine abenteuerliche Flucht aus Deutschland, die Eindrücke der Kämpfe in Spanien, Erlebnisse von seinen Reisen in mehreren fremdsprachigen Büchern veröffentlichte. Als Korrespondent der Baseler Arbeiterzeitung und Mitarbeiter vieler schwedischer Blätter, als führendes Mitglied des P.E.N.-Clubs, einer internationalen Schriftstellervereinigung, war sein Leben von unablässiger Arbeit erfüllt. Noch kurz vor seinem Tode, auf der Fahrt zu einer Vortragsreise in die Schweiz, durchquerte er Deutschland, sah die Zerstörungen, erlebte die Menschen der alten Heimat und stellte mit Erschütterung die Unbelehrbarkeit so vieler und die auf Grund gemachter Erfahrungen so wenig geänderten Verhältnisse fest.

Die Nachricht von seinem plötzlichen Tode, der ihn im besten Mannesalter ereilte, greift in die Kreise der medizinischen und journalistischen Wissenschaft, erfaßt aber auch weite Teile der Arbeiter-Bevölkerung, deren treuer Berater und Helfer er war.

Wir grüßen den Arzt und Menschenfreund. —
Dr. Max Hodann! Hans Roden.

Achtung! Teilselbstversorger!

Verschiedene Landrats-, Wirtschafts- und Ernährungsämter legen eine verdächtige Eilfertigkeit an den Tag, wenn es gilt, durch höhere Verordnungen den Aermsten vom Volke von ihren kärglichen Tagesrationen etwas abzuzwickeln. So auch im Falle der Teilselbstversorger. Hier handelt es sich mit geringen Ausnahmen zum größten Teil um Arbeiter, kleine Beamte oder Angestellte, die sich mit vieler Mühe und Aufopferung ein Schwein mästen. Von den geschlachteten Schweinen sollen sie nun, nach einer vom Landwirtschaftsministerium noch nicht erlassenen Verordnung die Hälfte abliefern. Darüber herrscht bei den Teilselbstversorgern verständlicherweise Unzufriedenheit, die sich naturgemäß zur Empörung steigerte, weil nun einige allzugesessene Aemter widerrechtlich verlangten, daß die Ablieferung der Hälfte eines geschlachteten Schweines ab 1. Februar zu erfolgen habe.

Unsere Abgeordneten erkundigten sich beim Landwirtschaftsministerium und erhielten dort den Bescheid, daß die Verordnung noch nicht in Kraft getreten sei. Es ist deshalb kein Teilselbstversorger verpflichtet, etwas abzuliefern.

Betonen wollen wir jedoch, daß wir dabei nicht für die Herren Fabrikdirektoren, hohen Beamten und sonstigen „Armen“ das Wort reden wollen. Denn es gibt auch bei diesen Herrschaften Menschen, die sich zu den Teilselbstversorgern zählen und sich auch ein Schwein mästen. Diese beziehen durch ihre Verbindungen so viel zusätzliche Nahrungs- und Genußmittel, daß man sie als Teilselbst-

versorger streichen muß. Denn was die zum Mästen eines Schweines benötigten (Gerste, Kartoffel, Mais usw.), holen sie sich vom schwarzen Markt und entziehen es dadurch der menschlichen Ernährung. Der kleine Mann jedoch stoppt sich die Kartoffel und andere Futtermittel und holt sich Tag für Tag unter Ausnutzung seiner freien Arbeitszeit die Küchenabfälle zusammen. Am 1. März wird voraussichtlich die Ablieferungsverordnung in Kraft treten. Wir fordern, daß dabei eine strenge Differenzierung in dem oben angeführten Sinne erfolgt.

Generalstreik gegen Naziverbrecher in Nürnberg

Am Montagmittag hat die Nürnberger Arbeiterschaft durch einen achtstündigen Generalstreik gegen einen Bombenanschlag verbrecherischer nazistischer Elemente auf das Gebäude der SPD in Nürnberg protestiert.

Stuttgart — Eßlingen — Emden — Nürnberg, eine Kette von Verbrechen gegen das deutsche Volk. Die Nazibande hat das deutsche Volk ins Verderben gestürzt. Jetzt tut sie alles, um den friedlichen Aufbau zu stören. Die einen mit Bomben — die anderen durch Sabotage im Staatsapparat und in der Wirtschaft. Es wird Zeit, daß sich alle Antifaschisten, ganz gleich, welcher politischen Richtung, zusammenschließen und dem Nazispuk, wo er sich auch zeigen mag, zu Leibe gehen. Insbesondere müssen alle Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenstehen. Wir verlangen schärfste Bestrafung der Naziaktivisten, Säuberung der leitenden Stellen in Verwaltung und Wirtschaft von nazistischen und reaktionären Elementen, Entzignung der nazistischen Kriegsverbrecher.

Aus aller Welt

Brüssel. In der belgischen Besatzungsarmee sind viele ehemalige SS-Leute, welche durch belgische Spruchkammern zum strafweisen Dienst in Deutschland verurteilt wurden.

Rio de Janeiro. Bei den Nationalwahlen haben die Kommunisten sehr hohe Stimmengewinne erzielt.

Bagdad. Die Polizei verhaftete 5 Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei im Irak.

New York. Der bekannte Gangsterkönig Al Capone ist infolge eines Schlaganfalles gestorben.

Washington. In diplomatischen Kreisen Washingtons spricht man davon, daß der neue Außenminister Marshall auf der Moskauer Konferenz eine 40jährige Kontrolle Deutschlands beantragen wird.

Kairo. Der ägyptische Ministerpräsident gab bekannt, daß Ägypten seine Differenzen mit Großbritannien im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterbreiten wird. Die Verhandlungen über die Revision des britisch-ägyptischen Vertrages von 1936 sind abgebrochen worden. In Alexandria und Lairo, sowie an anderen Orten fanden Kundgebungen und Streiks der Studenten verschiedener Universitäten und Schulen statt, in deren Verlauf 64 Studenten verhaftet wurden.

Deutschland RUNDSCHAU

Emden. Ein Handgranatenanschlag auf das Gebäude der Militärregierung wurde in Emden von Unbekannten verübt. Der Rat der Stadt hat 10 000 Mark für die Ergründung der Täter ausgesetzt.

Schönhausen: Das durch die Bodenreform enteignete Herrenhaus „Bismarck“ in Schönhausen ist in ein Altersheim umgewandelt worden. In dem geräumigen Hause haben vor allem betagte heimatlöse Umsiedler Aufnahme gefunden. Der Park des Altersheimes dient zugleich als Kindergarten.

Hamburg. Im Landtag von Schleswig-Holstein wurde von der SPD- und CDU-Mehrheit ein Wahlgesetz beschlossen, nach dem nur die Partei im Landtag vertreten sein wird, die in mindestens einem Wahlkreis einen Abgeordneten durchbekommt. Die Kommunistische Partei hat gegen dieses Gesetz Protest erhoben, da es undemokratisch ist.

Berlin. Der englische Sozialpolitiker Lord Beveridge besuchte vor wenigen Tagen die beiden Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, und hatte mit ihnen eine längere Aussprache über die Verhältnisse in der Sowjetzone.

Nürnberg. Der öffentliche Ankläger der Spruchkammer Amberg wurde wegen Fragebogenfälschung verhaftet.

Berlin. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, werden die demonstrierten Betriebe in der Ostzone in den Gesamtforderungen der Sowjetunion an Reparationen in Höhe von 10 Milliarden Dollar einbezogen.

Ministerpräsident Maier und Kultusminister Simpfendörfer unter Anklage!

Franz Karl Maier hat den derzeitigen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier und den Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer wegen ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 angeklagt, und beantragt, Dr. Reinhold Maier in die Gruppe der Belasteten und Simpfendörfer in die Gruppe der Hauptschuldigen einzureihen. Dr. Reinhold Maier hat am 23. März 1933 im Reichstag u. a. erklärt: „Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, die heute vom Reichskanzler (Hitler) vorgetragen wurde.“ Simpfendörfer hatte in der gleichen Sitzung gesagt, daß er die innen- und außenpolitischen Ziele Hitlers bejahe und dem Ermächtigungsgesetz zustimme. Simpfendörfer hat auch nach der Reichstagsitzung Propaganda für Hitler gemacht.

Entnazifizierungsminister entläßt öffentlichen Kläger!

Der Entnazifizierungsminister Gottlob Kamm hat den öffentlichen Ankläger Maier von seinem Dienst entbunden und hat im Landtag erklärt: „F. K. Maier habe eigenmächtig und pflichtwidrig gehandelt und habe ein Disziplinarverfahren zu gewärtigen.“

Was sagen die Parteien?

CDU und DVP haben die Maßnahmen des sozialdemokratischen Ministers Kamm gebilligt. Die SPD hat durch ihren Sprecher, den Abgeordneten Schöttle, u. a. erklärt, daß die Klärung dieser wichtigen Fragen auf keinen Fall dadurch verhindert werden dürfe, daß sich die Abgeordneten hinter der Immunität verschließen. Er forderte schonungslose Untersuchung ohne Ansehen der Person. Die Erklärung ihres Ministers Kamm nahm die SPD zur Kenntnis ohne jeden Kommentar und ließ dadurch erkennen, daß sie von ihrem Minister abbrückte.

Was sagt die Gewerkschaft?

Die Stuttgarter Gewerkschaftsdelegierten und Betriebsräte erklärten, daß die Maßregelung des Ministers Kamm gegenüber Franz Maier nicht zu rechtfertigen sei. Eine solche Handlungsweise sei dazu angetan, daß Mißtrauen im Ausland zu bestärken. Sie fordern Entnazifizierung nach demokratischen Grundsätzen ohne Rücksicht auf die Person und deren parteipolitische Einstellung.

Was sagt die Kommunistische Partei?

Die Kommunistische Partei hatte bereits anläßlich der Regierungsbildung durch den Abgeordneten Buchmann folgendes erklärt: „Unsere Haltung zur Regierung bedeutet daher zwar die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegen die beherrschenden Kräfte der Reaktion, zur Überwindung der Not; sie kann aber keinesfalls eine rechtfertigende Haltung jener Abgeordneter und ihrer Parteien im März 1933 bedeuten.“

Zu der undemokratischen Maßnahme von Kamm erklärte unsere Fraktion: „Ohne daß wir deshalb die Art und Weise des Vorgehens des öffentlichen Klägers billigen, erscheint uns jedoch die Disziplinarmaßnahme im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr bedenklich, weil dadurch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen kann, man wolle auf diese Weise den unbehaglichen Ankläger mundtot machen. . . . Die Kommunistische Partei kann die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz . . . niemals billigen oder auch nur tolerieren, wir werden immer wieder vor der Öffentlichkeit aufzeigen, daß diese Annahme des Ermächtigungsgesetzes die letzte Konsequenz der bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik war, welche die Kräfte der Nazigegner gespalten und gelähmt und Hitler die Errichtung seiner Diktatur erleichtert hat.“

Schuldig oder unschuldig?

Der Landtag hat einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Die Kommunistische Landtagsfraktion sagt dazu: „Ein Urteil kann auch der Untersuchungsausschuß nicht fällen, denn das würde ja bedeuten, daß die beiden Parteien, die die Mehrheit dieses Ausschusses bilden, in eigener Sache über sich zu Gericht sitzen. . . . Sie (Maier und Simpfendörfer) haben gestimmt im Auftrag und Namen ihrer damaligen Parteien, deren Fortführung heute die Demokratische Volkspartei und die CDU ist. Und die Haltung dieser Parteien in den letzten Wochen kann man bis jetzt nur so verstehen, daß sie auch heute noch die damalige Abstimmung ihrer Vertreter für richtig halten und vertreten. Darum sehen wir in der ganzen Sache nicht in erster Linie eine persönliche oder formal juristische, sondern eine politische Frage. Kein Urteil einer Spruchkammer oder einer sonstigen Instanz kann die betroffenen Parteien dem politischen Urteil vor dem Richterstuhl der Geschichte entziehen. Vor ihm werden sie nur bestehen können, wenn sie in ihrem praktischen Handeln die Konsequenz aus ihrer falschen und verhängnisvollen Politik aus der Vergangenheit ziehen.“

Cuhorst — sadistischer Verbrechen angeklagt

In einer Entschließung der vom „Ausschuß der Politisch Verfolgten“ einberufenen öffentlichen Versammlung am 2. Februar wird festgestellt, daß der frühere Senatspräsident in Stuttgart, Cuhorst, in sadistischer und brutaler Weise, hemmungslos und willkürlich Todesurteile fällte. Ebenso schuldig sind seine Konsorten Luger, Stroux, Nickel und Weinreich.

Um in Zukunft eine derartige Blutjustiz unmöglich zu machen, geloben die Versammelten zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften des Volkes den Kampf gegen die Reste der nationalsozialistischen Ideologie zu führen. Sie wollen der Welt beweisen, daß es auch ein anderes Deutschland gibt.

Winterfestmachung der Wohnungen

Aus einem Bericht des Hochbauamtes an den Stadtrat in Mannheim geht hervor, daß 600 Anträge bis zum 9. Januar gestellt worden waren auf Winterfestmachung der Wohnungen. Der größte Teil dieser Anträge war berechtigt. 1600 qm Glas, 3000 Platten Ersatzglas, 4300 qm Rohrmatten und 3000 qm Nutzstiftholz waren bis zu dem Berichtstage ausgegeben worden.

Die kommunistische Fraktion hatte mit ihrem Antrag einem dringenden Bedürfnis hunderter Mannheimer Familien Rechnung getragen. Aber immer sind noch viele Wohnungen nicht repariert, immer wieder wird bei der Redaktion Klage geführt, daß nichts gemacht wird. Bei dem gegenwärtigen scharfen Kälteeinbruch muß sich dies katastrophal auf das Leben und die Gesundheit der Mannheimer Bevölkerung auswirken. Wir hoffen deshalb, daß die verantwortlichen Beamten im Hochbauamt, wie auch die Handwerker, weiterhin alle Anstrengung machen, um auch die letzte Mannheimer Wohnung zu reparieren und wir hoffen weiterhin, daß das Material, das dafür von der Stadtverwaltung bereitgestellt wurde, auch restlos dem vorgesehenen Zwecke zugeführt wird. Aus den Reihen des Handwerks wird geklagt, daß es an den einfachsten Handwerkszeugen fehlt. Auch hier ist es Aufgabe der verantwortlichen Stellen, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um diesem Mangel, der sich auf unseren weiteren Wohnungsbau sehr hemmend auswirken muß, abzustellen.

Ungebetene Gäste wollen die Gewerkschaft spalten!

Die AFL, eine Vereinigung amerikanischer gewerkschaftlicher Berufsverbände, wird in Stuttgart unter Leitung von Henri Rutz eine deutsche Filiale eröffnen.

Henri Rutz erblickt seine Aufgabe darin, im Interesse der in- und ausländischen Reaktion den Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaftsverbände in einer einheitlichen Organisation zu verhindern und die Zulassung der deutschen Gewerkschaften zum Weltgewerkschaftsbund zu durchkreuzen. Er ist der Meinung, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung überzentralisiert sei und in allen Zonen zu einer föderalen Struktur organisiert werden müsse! „Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und auch die Herren Verfasser.“

Für die deutschen Gewerkschaftler und Arbeiter ist es keine Empfehlung, daß die AFL-Führer ein Bündnis mit den amerikanischen Trustherren abgeschlossen haben und auf Grund dessen für diese bestimmte Leistungen vollbringen müssen. Daran ändern auch Lebensmittelpakete nichts welche zur Bestechung und Korruption der deutschen Gewerkschaftsführer verwandt werden sollen.

Die Führer der AFL, Vertreter eines Teiles der amerikanischen Arbeiteraristokratie und Verfechter der faschistischen Herrenrasstheorie, daß Farbige (Neger) als Menschen minderer Qualität nicht in die Gewerkschaften gehören, sind bereits unruhlich bekannt durch ihre Versuche, die amerikanische Arbeiterschaft zu spalten und der kämpfenden CIO-Gewerkschaft in den Rücken zu fallen, sowie durch ihr Bemühen das Zustandekommen einer weltweiten internationalen Gewerkschaftsorganisation, des mächtigen Weltgewerkschaftsbundes zu unterminieren. Und nun wollen diese, welche die deutschen Arbeiter und Gewerkschaftler niemals als Lehrmeister anerkennen werden, auch die junge deutsche Gewerkschaftsbewegung spalten und zersetzen, die Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihren Anschluß an den Weltgewerkschaftsbund verhindern.

Die deutschen Werktätigen werden sich von der spalterischen AFL nicht bevormunden lassen. Sie betrachten die AFL-Delegation als zu der Sorte von Gästen gehörig, die man lieber gehen als kommen sieht!

Einschränkung des § 218 in der Ostzone

Nachdem in der sowjetischen Besatzungszone unter bestimmten Bedingungen die Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialen Gründen zulässig ist, werden jetzt überall Ehe- und Sexualberatungsstellen eingerichtet.

Die Beratungsstellen stehen grundsätzlich allen offen. Im einzelnen heißt es, daß die „obersten Gesichtspunkte der Beratung die Befürwortung der Früh-Ehe und die Bejahung des Kindes sind, wenn dies aus gesundheitlichen und sozialen Gründen möglich ist.“

Soweit diese Voraussetzungen jedoch nicht bestehen, wird die Verhütung der Schwangerschaft einer Unterbrechung vorgezogen.“

Gedenktage DER WOCHE

- 6. 2.: 1945 Weltgewerkschaftskongreß in London, 1919 Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in Weimar.
- 1840 Gründung des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins in London.
- 7. 2.: 1812 Charles Dickens, Schriftst., geb. 1748 Thomas Morus geb. 1649 England wird Republik unter Cromwell.
- 8. 2.: 1935 Max Liebermann, Maler u. Graphiker, geb. 1871 Rich. Dehmel, Dichter, gest. 1920 F. M. Dostojewski, russ. Schriftst., gest. 1881
- 9. 2.: 1918 Sowjetrußland erklärt Krieg für beendet, 1837 Alex. Puschkin, russ. Dichter, gest. 1879 Honoré Daumier, französ. Maler und Zeichner, gest. 1847 Thom. A. Edison, amerik. Erfinder, gest.
- 11. 2.: 1932 Litwinow als Vertreter der SU fordert in Genf Weltabrüstung. 1650 René Descartes, franz. Phil. ges. 1919 Fritz Ebert wird Reichspräsident.
- 12. 2.: 1934 Februaraufstand der Wiener Arbeiter gegen Unterdrückung demokratischer Rechte. 1837 Ludwig Börne, deutscher Schriftsteller, im Exil gest. 1809 Ch. Darwin, Naturforscher, geb. 1804 Immanuel Kant, Philosoph, gest.

Anträge der Kommunisten in Ziegelhausen

Die Kommunisten in Ziegelhausen haben im Interesse der Bevölkerung am 15. Januar an die Gemeindeverwaltung eine Reihe von Anträgen gestellt, die wir nachstehend gekürzt wiedergeben:

Zuteilung von Brennmaterial und Nahrungsmitteln

Es wurde beantragt, daß die Gemeinde der Bevölkerung weiteres Holz zur Verfügung stellt und daß die nötigen Schritte hierzu umgehend getan werden. Der dringendste Bedarf an Kartoffeln für die Bevölkerung ist noch nicht gedeckt und die Beschaffung von Gemüse war völlig im Argen. Die Kommunisten fordern von der Gemeindeverwaltung energische Schritte, um eine Besserung herbeizuführen. Es wird darauf hingewiesen, daß Ziegelhausen kein Bauernort ist und daß deshalb auch die öftere Zuweisung von Fischen dringend erforderlich ist. Die Gemeindeverwaltung soll deshalb bei den zuständigen Aemtern und Behörden dieserhalb dringlichst vorstellig werden.

Keine Steuerstundungen mehr für Nazifirmen

Die Kommunisten stellen fest, daß während der Nazizeit an Firmen und an Pgs. Stundungen von Gemeindeumlagen gewährt wurden (z. B. Schokoladenfabrik Haefl und Stiftsmühle). Es wird die Aufhebung der Steuerstundungen beantragt und baldige Zahlung der rückständigen Umlagen verlangt.

Demokratisierung der Verwaltung

Bei der Besetzung der Verwaltungsstellen müssen alle Parteien berücksichtigt werden.

Die Gemeindeausschüsse (Schulsausschuß, Bauausschuß, Wohnungsausschuß und Marktleistungsausschuß) sollen mindestens einmal jeden Monat zusammentreten und zu den vorliegenden Aufgaben Stellung nehmen. Zu den einzelnen Ausschüssen sollen die Vertreter der Gewerkschaften zugezogen werden. Ferner beantragt die Kommunistische Partei, daß in den Marktleistungsausschuß neben den Erzeugern auch Verbraucher aufgenommen werden.

Bestellung des Ortsbeauftragten auf demokratischer Grundlage

Der Ortsbeauftragte darf nicht durch die Gemeindeverwaltung allein, sondern nach demokratischen Grundsätzen durch die Bauernversammlung erwählt werden. Auch in der Frage der Bullen- und Bookhaltung darf nichts ohne die Mitwirkung der Bauern geregelt werden.

Öffentliche Berichterstattung

Die Kommunisten verlangen, daß die Gemeindeverwaltung und die Ausschüsse in vierteljährlichen öffentlichen Bürgerversammlungen über ihre Tätigkeit Bericht erstatten und der Einwohnerschaft Gelegenheit geben, sich auszusprechen.

Arbeitsminister Kohl

gibt der Öffentlichkeit Rechenschaft über seine Tätigkeit.

Ein Kommunist in der Regierung

- am 11. 2. in Mannheim, Wandelhalle Rosengarten, 18.30 Uhr.
- am 25. 2. in Heidelberg, im „Westhof“, 19.30 Uhr.
- am 25. 2. in Heidelberg-Kirchheim vor der Belegschaft der Waggonfabrik Fuchs, 15.00 Uhr.

